

(Abg. Ulrich)

Parlament ein bisschen länger als Sie an, und ich habe Peter Müller in der Wahlperiode 1994 bis 1999 erlebt, als er zusammen mit Oskar Lafontaine den Bergbau bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verteidigt hat. Die Position der CDU und von Peter Müller war bis 1999 dieselbe wie die der Sozialdemokraten: Bergbau bis ins Jahr 2100. Hätte die CDU damals - wie wir Grünen es getan haben - rechtzeitig einen Ausstiegszeitpunkt gefordert, dann hätten wir heute eine andere Diskussion. Das heißt also, meine sehr verehrten Damen und Herren: Einer der Hauptverantwortlichen für das Dilemma, in dem wir heute stecken, ist Peter Müller wegen seiner inkonsequenten Haltung.

(Zurufe von der CDU.)

Herr Kollege Karren hat heute gesagt, die CDU stehe an der Seite der Bergbaubetroffenen und der Bergleute. Soll ich Ihnen einmal etwas sagen, Herr Karren? Sie stehen mit Ihrer Position an der Seite von keinem von beiden. Das ist das Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Jedem wohl und keinem wehe, darum geht es. Es wird keine klare Position bezogen. Das ist das Kernproblem.

Dann wurde hier von Showveranstaltung gesprochen. Natürlich, jede Parlamentsdebatte ist eine Showveranstaltung. Das ist eine Binsenweisheit. Aber diese Showveranstaltung - jetzt will ich diesen Begriff einmal so aufgreifen - ist bitter notwendig. Wir vergessen nämlich bei unserem ganzen Hickhack hier, was die Erdbeben für die betroffenen Menschen bedeuten. Darum geht es heute Morgen; darüber müssen wir diskutieren.

(Zurufe.)

Es ist ein Skandal, dass das betroffene Unternehmen mittlerweile offen sagt: Es gibt diese Erdbeben, aber wir wissen nicht mehr, was wir machen sollen, also bauen wir munter weiter ab, und die Sorgen der Menschen sind uns letztendlich egal. Dies ist das Hauptproblem, und das muss hier in diesem Parlament immer wieder angesprochen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Karren (CDU).)

Ich sage bereits seit zehn Jahren, wie unsere Vorstellungen aussehen, wie man mit den Bergleuten verfahren soll. Ende des Steinkohlenbergbaus ganz schnell. Die Kohlesubventionen, die dann freierwerden, sind eine so große Finanzmasse, dass man damit die Bergleute, die heute noch in Lohn und Brot stehen, zum allergrößten Teil sofort in den Vorruhestand schicken könnte. Sie hätten dadurch keinen Verlust. Das wäre soziale Abfederung auf einem ganz anderen Weg.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Aber dieser Zug ist schon abgefahren, weil Ihr Ministerpräsident Peter Müller nicht willens und nicht in der Lage war, zu der Zeit, als es noch ging, eine solche Vereinbarung auszuverhandeln.

Präsident Ley:

Herr Kollege Ulrich, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern und bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Ich komme zum Schluss. - Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Art von Politik. Das ist das Problem. - Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/Grüne. - Abg. Jungmann (CDU): Viel geschwätzt und nichts gesagt.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Abg. Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eine unterirdische Rede vom Kollegen Ulrich. Man könnte den Eindruck gewinnen, er sei vor zehn Jahren in ein Bergwerk eingefahren, nicht mehr herausgekommen und habe die gesamte Debatte im Saarland nicht verfolgt.

(Beifall von der CDU.)

Dass wir in Deutschland mit dem Bergbau Schluss machen, ist mit ein Verdienst der CDU. Es ist mit ein Verdienst unseres Ministerpräsidenten Peter Müller. So zu tun, als sei dieser Ausstieg nicht auf die CDU zurückzuführen, ist schlicht und ergreifend unterirdisch.

Die Debatte heute zeigt eines ganz deutlich: eine große Unsicherheit sowohl bei den Bergleuten als auch bei den Bergbaubetroffenen. Schuld an dieser Unsicherheit ist einzig und allein das Unternehmen. Die DSK ist schuld daran, da sie das Ausstiegsszenario nicht bekannt gibt und keine Pläne offenlegt, wie sie den Ausstieg bewerkstelligen will. Eine Strategie nach dem Motto: Wir beantragen jetzt ein neues Feld und schauen dann, wie wir den Auslauf gestalten, ist mit uns nicht zu machen. Dies wäre auch Quatsch. Es muss umgekehrt sein. Zunächst einmal muss der Endzeitpunkt benannt werden. Dann werden wir über die notwendigen Schritte diskutieren. Die Strategie, auf Zeit zu spielen und die Revisionsklausel 2012 zunächst einmal abzuwarten, wird es mit uns nicht geben. Für uns ist klar, dass der saarländische Bergbau ein Auslaufbergbau ist. Die DSK muss endlich den Endzeitpunkt nennen.

Es muss ein schneller und sozialverträglicher Personalabbau gestaltet werden. Es müssen neue Jobs für die Bergleute gefunden werden. Der saarländische Arbeitsmarkt gibt mittlerweile auch viel her. Die Arbeitslosenzahlen sind seit 15 Jahren auf dem niedrigsten Stand. Sie sind unter 40.000 gesunken. Es gibt zahlreiche freie Stellen. Das ist ein Erfolg dieser saarländischen Landesregierung. Es ist die Ernte harter Arbeit der vergangenen Jahre. Die DSK muss nun gute Leute abgeben und gehen lassen. Es ist unverantwortlich den Bergleuten gegenüber, ihnen diese Chance zu verwehren.

(Beifall von der CDU.)

Wenn die Grünen immer wieder von einem sofortigen Stopp reden, so kann man nur darauf verweisen, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Man kann darauf verweisen, dass die Arbeitslosigkeit von heute auf morgen um 20 Prozent höher liegen würde und 5.000 Leute arbeitslos wären. Die Ausbildung und die Zentralverwaltung müssten geschlossen werden. Es müssten auch Kraftwerke geschlossen werden.

Der Hinweis auf den Rechtsstaat gilt für die Bergbaubetroffenen, aber auch für das Unternehmen. Denn würden wir einfach von heute auf morgen zumachen, kämen auf das Land hohe Zahlungen zu, wenn das Ganze rechtlich nicht haltbar wäre. Das wären Milliarden für den Landeshaushalt. Und bislang sind Sie die Antwort schuldig geblieben, wie das finanziert werden soll.

Rechtsstaat bedeutet für die Betroffenen aber auch, dass ihre Schäden reguliert werden müssen. Herr Hartmann hat vollkommen recht, wenn er sagt, dass Schäden nach dem Verursacherprinzip reguliert werden müssen. Es kann nicht sein, dass eine Landessteuer eingeführt werden muss, um dies zu tun. Diese Steuer lehnen wir klar ab. Das Verursacherprinzip muss zählen. Dort, wo Schäden entstanden sind, muss das Unternehmen auch dafür gerade stehen.

Wir lehnen die Revision des Ausstiegsbeschlusses ab. An dieser Stelle ist die SPD ebenfalls unehrlich und doppelzüngig. Sie spielt auf Zeit. Sie versucht, über das Jahr 2012 zu kommen, um dann noch einmal über den Bergbau zu diskutieren.

(Abg. Commerçon (SPD): Ja, so ist es!)

(Abg. Funk)

Wenn Ihre Fraktion im Wirtschaftsausschuss den Ausführungen der Zuliefererbetriebe zugehört hätte, dann hätten Sie gehört, dass auch diese Betriebe fordern, endlich einen Endzeitpunkt zu nennen. Das haben diese Betriebe im Wirtschaftsausschuss deutlich gemacht. Sie fordern dies, damit sie Investitions- und Planungssicherheit erhalten und nicht weiter in dieser Unsicherheit, in der wir uns derzeit befinden, agieren müssen.

(Weitere Zurufe von der SPD.)

Für uns ist klar, dass die DSK schnell den Endzeitpunkt nennen und das Ausstiegsszenario darlegen muss. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Petra Scherer.

Abg. Scherer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich heute aus zweierlei Gründen zu Wort gemeldet. Zum einen, weil ich neben dem Kollegen Thomas Schmitt eine der beiden Abgeordneten bin, die in der von den Erderschütterungen betroffenen Region leben. Ich lebe in Saarwellingen. Ich erlebe die Beben also hautnah mit. Ich weiß im Gegensatz zu manch anderem Kollegen, der hier das Wort ergreift, genau, wovon ich rede.

Ich will zum anderen für mich und meine Fraktion ganz deutlich sagen, dass die SPD die Anliegen der vom Bergbau Betroffenen genauso ernst nimmt wie die Sorgen der im Bergbau beschäftigten Menschen. Wir haben in unserer Region eine sehr schwierige Situation. Seit Beginn des Abbaus in der Primsmulde Süd haben die Erschütterungen sowohl an Häufigkeit als auch an Heftigkeit zugenommen. Da gibt es nichts zu beschönigen.

Aus vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort weiß ich, dass sie nicht nur um ihr Hab und Gut fürchten und Schäden an ihren Häusern befürchten, sondern dass sie auch um ihre Gesundheit fürchten. Denn die Grubenbeben zehren an den Nerven vieler Menschen. Insbesondere die Erschütterungen, die sich in der Nacht oder am späten Abend ereignen, sorgen für großen Unmut, weil sie die Menschen aus dem Schlaf reißen. Ich spreche aus eigener Erfahrung. Deshalb wächst der Unmut der Menschen in der Region. Ich kann das verstehen und nachvollziehen, aber ich weiß aus zahlreichen anderen Gesprächen auch, dass viele Menschen die Beben gelassen sehen. Viele Betroffene in der Region weisen darauf hin, dass trotz aller Probleme, die es gibt, der Bergbau für viele Menschen Arbeitsplätze schafft, auf die wir nicht verzichten können.

(Beifall von der SPD.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussionen pro und contra werden sehr heftig und intensiv geführt, leider zum Teil auch sehr emotional, was der Sache nicht immer dient. Auf der einen Seite sind die Sorgen der Bergbaubetroffenen, auf der anderen Seite die Ängste der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze. Eine Lösung, die beiden Positionen zu hundert Prozent gerecht wird, wird es in dieser Frage nicht geben. Hier muss ich meinem Kollegen Hubert Ulrich widersprechen. Es ist, wie gesagt, eine sehr schwierige Situation vor Ort. Aber wir müssen versuchen, einen fairen Kompromiss zwischen beiden Positionen zu finden. Deshalb ist es wichtig, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um die Akzeptanz der Menschen für den Bergbau in der Region wieder zu stärken. Der Bergbau braucht eine stärkere Akzeptanz.

(Beifall von der SPD. - Abg. Karren (CDU): Wie lange noch?)

Da ist zum einen das Unternehmen, die DSK, in der Pflicht. Das habe ich vergangene Woche im Wirtschaftsausschuss auch DSK-

Chef Tönjes mit auf den Weg gegeben. Dazu gehört eine offensivere Informationspolitik des Unternehmens. Dazu gehört aber auch, dass das Unternehmen alles unternimmt, um die Grubenbeben in der Region zu verhindern. Und es gehört insbesondere dazu, dass das Unternehmen dies auch glaubhaft darlegt.

Mehr Akzeptanz für den Bergbau wird aber auch dann geschaffen, wenn die Interessen der Bergbaubetroffenen eine stärkere Berücksichtigung finden. Deshalb fordern wir seit Langem eine umfassende Änderung des Bergrechts und des Bergschadensrechts, um die rechtliche Situation der Betroffenen zu stärken. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit den Betroffenen, dass sie sich zum Teil rechtlos fühlen. Deshalb ist es wichtig, dass wir auf Änderungen drängen, damit die rechtliche Situation der Betroffenen gestärkt wird.

Wir haben dazu ein sehr umfassendes Papier erarbeitet, das sowohl auf eine zeitgemäße Bergschadensregulierung als auch auf eine Änderung des Zulassungsverfahrens zielt. Herr Ministerpräsident, hier muss ich Sie wiederum fragen, was Sie bisher getan haben, um die rechtliche Situation der Bergbaubetroffenen zu stärken. Wo bleibt Ihre Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesberggesetzes? - Sie haben nichts gemacht, außer große Ankündigungen und leere Versprechungen. Herr Ministerpräsident, statt hier Zeitung zu lesen, sollten Sie sich vielleicht einmal zu Wort melden, denn die Menschen in der Region warten auf eine Antwort von Ihnen.

(Beifall von der SPD.)

Die Menschen in der Region sind von Ihrer Politik und von Ihnen enttäuscht. Deshalb werden Sie bei der nächsten Wahl die Quittung dafür bekommen. Ich kann die Lobeshymnen einiger CDU-Kollegen auf den Ministerpräsidenten nicht nachvollziehen.

(Abg. Schreier (CDU): Wie wollen Sie es denn machen?)

Herr Schreier, ich werde es Ihnen abschließend sagen. - Meine Redezeit ist leider zu Ende. Deshalb nur noch ein Satz: Wir nehmen die Menschen in der Region ernst, die ohne Frage erheblichen Belastungen ausgesetzt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Karren (CDU).)

Aber wir machen den Menschen keine falschen Hoffnungen und geben keine populistischen Versprechungen, die wir nicht halten können. Wir gehen einen schwierigen, aber dafür geradlinigen Weg. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD. - Anhaltende Zurufe von der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Abgeordnete Günter Heinrich.

Abg. Heinrich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit steter Regelmäßigkeit beschäftigen wir uns mit dem Thema Bergbau und den Folgen des Bergbaus. Mit der gleichen Regelmäßigkeit und Stetigkeit dürfen Sie hier die Position der CDU-Landtagsfraktion zur Kenntnis nehmen. Es ist eine Position, die auf einen Ausgleich zwischen den Interessen der Bergbaugeschädigten und den Interessen derer, die im Bergbau Arbeit finden, ausgerichtet ist.

Frau Kollegin Scherer, wenn Sie als SPD-Fraktion versuchen, sich dieser Position anzunähern, ist das grundsätzlich zu begrüßen. Aber ich glaube, Sie werden die Annäherung nicht dadurch erreichen, dass Sie den Ministerpräsidenten diffamieren, der gerade für die Bergbaubetroffenen einiges geleistet und vorzuweisen hat.

(Unmutsbekundungen bei der SPD. - Beifall bei der CDU.)